Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 293. Sonntag den 20. October 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 23. October 1889,
Abends 6½ Uhr,
im Saale der vormaligen Handelsbörse, am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Wahl von fünf unbesoldeten Stadträthen.
II. Wahlen für den gemischten Ausschuß für die Stadtverordneten-Wahlen.
III. Bericht des Gas- und Oekonomieausschusses über Einlegung von Gasrohren und Aufstellung von Gascandelabern in 10 verschiedenen Straßenstrecken im Südwesten der Stadt.
IV. Bericht des Oekonomie- und Finanzausschusses über a. Ausführung baulicher Herstellungen ꝛc. am Forsthause zu Burgaue, b. den Bau der 2. südlichen Borfluthschleuse und Verlängerung der nördlichen Borfluthschleuse.
V. Bericht des Oekonomie- und Stiftungsausschusses über: Herstellung einer Strecke der verlängerten Brüderstraße.
VI. Bericht des Oekonomie-, Stiftungs- und Finanzausschusses über: a. Ausführung von Straßenherstellungen im Südwesten der Stadt, b. Herstellung der Moltkestraße und Arndtstraße auf deren Strecke von der Bayerischen bis zur Lößniger Straße.
VII. Bericht des Finanzausschusses über: a. Nachbewilligung zu Capitel 1 „Rathsstube" Pos. 93 des diesjährigen Haushaltplanes, b. Anschaffung eines Geldschrankes für die Stadtcasse und Ueberlassung von 2 bei der Stadtcasse freigewordenen Schränken an die Marstallsverwaltung.
VIII. Bericht des Bauausschusses über: a. Ausführung von Ausbesserungsarbeiten in der städtischen Turnhalle, b. Ausführung von Bauarbeiten im städtischen Lagerhofe.

Bekanntmachung.

Nach der von mir am heutigen Tage in Gemäßheit §. 46 des Gesetzes vom 3. December 1868 die Wahlen für den Landtag betr. vorgenommenen Zusammenstellung des Ergebnisses der am 15. dieses Monats stattgehabten Wahl eines Abgeordneten für den III. hiesigen Wahlkreis sind von 6353 abgegebenen giltigen Stimmen 4238 auf

Herrn Buchbindermeister Gustav Fritzsche allhier

gefallen und ist derselbe als zum Abgeordneten des genannten Wahlkreises gewählt von mir proclamirt worden.

Leipzig, den 18. October 1889.

Der Wahlcommissar im III. Wahlkreise der Stadt Leipzig.
Heßler.

Bekanntmachung.

In neuester Zeit sind wiederholt mit Brennstoffen gefüllte **Luftballons**, insbesondere **Feuerwerk-Luftballons**, hier zur Verwendung gekommen und hierbei nach ergangener Anzeige bei dem Niederfallen derselben auf den benachbarten Feldfluren Getreidefeimen der Gefahr der Anzündung ausgesetzt gewesen.

Es wird deshalb das bereits in unseren Bekanntmachungen vom 29. Juli 1874 und 28. August 1879 erlassene Verbot, das Steigenlassen von mit Brennstoffen gefüllten Luftballons, in Erinnerung gebracht und darauf hingewiesen, daß solches auch auf die Feuerwerkballons sich erstreckt.

Uebertretungen dieses Verbotes werden mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ, bez. mit entsprechender Haftstrafe geahndet.

Leipzig, den 14. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 6520/89. Dr. Georgi. Weitzmann.

Bekanntmachung.

Nachdem die Fahrbahn der Fluthbrücke in der Plagwitzer Straße für den Verkehr wieder freigegeben worden ist, wird nunmehr unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 6. Juni d. J.

der Weg von der heiligen Brücke nach der ehemaligen Rathsziegelei

und

der Fahrweg durch das Nonnenholz für Lastfuhrwerk

von heute ab wieder

gesperrt.

Leipzig, den 19. October 1889.

IX. 6871. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hennig.

Ausschreibung.

Die Herstellung einer hölzernen Stacketerie am alten Johannis-Friedhof längs des Täubchenwegs soll vergeben werden.

Die Bedingungen und das Arbeitsverzeichniß können bei unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Erlegung von 0,50 ℳ entnommen, bez. mit der Zeichnung daselbst eingesehen werden.

Die Gebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:

„Einfriedigung am alten Johannis-Friedhof"

bis zum 21. October a. cr. Nachmittags 5 Uhr an obenbezeichneter Stelle portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 14. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Röling.

Auction. Donnerstag, den 24. October d. J., Nachmittags von 2 Uhr an sollen in Thonberg, Schulgasse Nr. 11, Nutzholz, hölzerne und eiserne Säulen, große Ofenschirme, Schultafeln, eine große Anzahl Fenster u. s. w. versteigert werden.

Thonberg, am 18. October 1889. **Der Gemeindevorstand.**
Franke.

Bekanntmachung.

Hiermit bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß die von uns mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 4. April d. Js. beschlossene Feststellung der Straßenfluchtlinien der Riebeckstraße in ihrer ganzen Länge von der Thonberger Flurgrenze bis zu ihrem Ende in dem Stadtbezirk Anger-Crottendorf in Gemäßheit des Planes Nr. 3469, welcher vom 5. April d. Js. ab vier Wochen lang öffentlich ausgelegen, unter Annahme einer Straßenbreite von 23 m nunmehr Giltigkeit erlangt hat, nachdem ein erhobener Widerspruch abfällig beschieden worden ist und diese Bescheidung Rechtskraft erlangt hat, andere Widersprüche aber nicht erhoben, bez. wieder fallen gelassen worden sind.

Leipzig, den 18. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 5038. Dr. Georgi. Grötzel, Afl.

Die Kaiserreise nach dem Süden.

Das deutsche Kaiserpaar ist am Donnerstag Abend nach Monza abgereist und dort am Sonnabend Vormittag eingetroffen. Die Reise hat unter Glück verheißenden Umständen begonnen, denn der lange erwartete, aber immer wieder verzögerte Gegenbesuch des Kaisers Alexander hat inzwischen stattgefunden und einen Verlauf genommen, welcher die gehegten Erwartungen weit übertrifft. Die Wirkungen dieses Besuches haben sich nach allen Richtungen hin geltend gemacht und sind besonders auch in Italien empfunden worden. Daß die italienische Regierung stets der Wohlfahrt der Balkanvölker ihre Theilnahme zugewandt hat, ist eine bekannte, bei jeder Gelegenheit beobachtete Thatsache, und Crispi hat ihrer noch bei seiner Rede in Palermo gedacht, aber diese Theilnahme hat es nicht gehindert, daß Kaiser Alexander bei der Galavorstellung im Berliner Opernhause sich mit dem italienischen Botschafter Grafen Launay, den er aus früherer Zeit kennt, sehr angelegentlich unterhalten hat. Crispi konnte bereits in der demokratischen Vereinigung in Palermo die erfreuliche Mittheilung machen, daß der Friede gesichert sei und diese Gewißheit, welche jetzt aller Orten zu Tage tritt, beherrscht die europäische Lage. Es mag auch nicht überflüssig erscheinen zu erwähnen, daß der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, bei dem zu Ehren der prämiirten Aussteller im Elysée veranstalteten Ballfest sich längere Zeit sehr freundschaftlich mit den Ministern Tirard und Spuller unterhalten hat.

Aus allen diesen kleinen, sonst nebensächlich erscheinenden Zügen läßt sich auf eine ungezweifelthaft verbesserte Gesammtlage schließen, denn unter gespannten Verhältnissen trägt alles, was in den höchsten Kreisen geschieht, einen steifen, förmlichen Charakter, der ungezwungenen und unbefangenen Lebensäußerung wird kein Raum gelassen, es lastet wie Blei auf den Gemüthern, und jeder ist froh, wenn die durch äußere Rücksichten und die Form gebotenen officiellen Begegnungen vorüber sind. Wie groß muß die inzwischen eingetretene Veränderung sein, wenn eine so verschlossene und zurückhaltende Natur wie die des Kaisers Alexander sich zu einer Kundgebung veranlaßt fühlt, wie das Glückwunschtelegramm zur 75jährigen Jubelfeier des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, welches er von Ludwigslust aus an den Regiments-Commandeur gerichtet hat. Darin ist ausdrücklich gesagt, daß der Kaiser sich mit besonderem Vergnügen der frohen Stunden erinnert, die er im Kreise seiner Grenadiere zugebracht hat. Solche Worte lassen sich nicht durch conventionelle Rücksichten erzwingen, sie sind der wahre Ausdruck der Empfindung, und man sagt sie nicht, wenn man Groll erfüllt ist. An der Friedlichkeit der augenblicklichen Lage ist also nicht zu zweifeln, sie giebt sich durch Alles zu erkennen, was als Zeichen derselben aufzufassen ist.

Was aber besonders erfreulich ist, das sind die Beweise, daß die Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auch von den beiden anderen Gliedern des Dreibundes und von dem ihnen nahe stehenden England freudig begrüßt wird. Der „Russische Invalide" verkennt die bestehenden Verhältnisse vollständig, wenn er meint, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Rußland in Wien und Rom verstimmen müsse, es kommt nur darauf an, daß die Annäherung unter Bedingungen erfolgt, welche mit den Zwecken des Dreibundes nicht in Widerspruch stehen, und es bedarf wohl kaum der Behauptung, daß dies unmöglich ist.

Die Sache liegt ja überhaupt nicht so, daß eine Verstimmung an irgend einer höchsten Stelle über Unausführbarkeit vorhandener Lieblingspläne gleich bis zu unerträglicher Spannung und Schroffheit des Verkehrs unter den Vertretern der betheiligten Mächte anwachsen müsse, obwohl nicht in Abrede zu stellen ist, daß eine gewisse Neigung dazu in Rußland vorwaltete, aber schließlich scheint doch die Ueberzeugung auch dort zum Durchbruch gekommen zu sein, daß es auch für einen großen und mächtigen Staat Grenzen giebt, die er nicht ohne eigenen schweren Schaden überschreiten darf.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien sind der Art, daß sie ebenso auf Gleichartigkeit der Interessen wie auf gegenseitigem Vertrauen beruhen. Geheime Abmachungen mit Rußland, die nicht ihrem ganzen Umfange nach den Verbündeten mitgetheilt würden, können von Deutschland nicht getroffen werden. Als Crispi in der demokratischen Versammlung zu Palermo erschien, wußte er bereits die Grundzüge dessen, was in Berlin geschehen war, sonst würde er nicht mit so großer Sicherheit erklärt haben, daß der Friede keine Störung erleiden werde. Durch die inzwischen geschehene Veränderung der Gesammtlage im Sinne der Befestigung des Friedens erhält der Besuch des deutschen Kaiserpaares in Italien das Gepräge, der so lange auf den Gemüthern lastende Druck hat nachgelassen und dadurch wird auch der persönliche Verkehr der mit einander befreundeten Herrscherfamilien beeinflußt.

Es ist oft gesagt und durch die Thatsachen bestätigt worden, daß verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Souverainen von Großmächten auf die Beziehungen der Völker nicht bestimmend einwirken. Das nächstliegende Zeugniß für die Richtigkeit dieses Satzes bildet das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland, wie es seit einer Reihe von Jahren bestanden hat. Ferner ist es ohne Wirkung auf die Beziehungen zwischen Rußland und England geblieben, daß der Kaiser von Rußland der Schwager des Prinzen von Wales ist. So ist es denn auch klar, daß die Vermählung der Schwester Kaiser Wilhelm's mit dem griechischen Thronfolger die Stellung Deutschlands zu den Verhältnissen auf der Balkanhalbinsel nicht zu verändern geeignet ist. Der deutsche Standpunct bleibt in dieser Beziehung genau derselbe, wie ihn Fürst Bismarck vor mehreren Jahren bezeichnet hat: „Diese und andere Bewegungen auf der Balkanhalbinsel, insbesondere in Bulgarien interessiren Deutschland nicht." Wenn der Berliner Friede vom 13. Juli 1878 in Betracht kommt, so wird Deutschland nach wie vor so handeln, wie es ihm als Bürgen dieses Friedens zukommt, gleichviel ob ein Prinz von Hohenzollern über Rumänien herrscht oder ob der griechische Thronfolger eine Schwester Kaiser Wilhelm's zur Gemahlin hat.

Dagegen ist der Besuch des deutschen Kaisers in Konstantinopel nicht ganz ohne politische Bedeutung, und er drückt wenigstens so viel aus, daß zwischen Deutschland und der Türkei die freundschaftlichsten Beziehungen bestehen. Schon das hat in Rußland eine gewisse Bewegung verursacht, weil man dort für alles, was mit der Balkanhalbinsel in Verbindung steht, ganz besonders empfindlich ist. Der Sultan Abdul Hamid würde es vielleicht nicht ungern sehen, wenn Deutschland mit ihm in nähere Beziehungen treten wollte, eine solche Absicht liegt aber Deutschland fern und muß ihm fern liegen, wenn es sich nicht in abenteuerliche Unternehmungen einlassen will, welche mit seiner ganzen historischen Entwickelung und mit seinen Interessen in unlösbaren Widerspruch stehen. Gefällig ist Preußen dem Sultan stets gewesen und wird es fernher sein, soweit ihm dadurch nicht irgend welche politische Verlegenheiten erwachsen können oder ihm Verpflichtungen auferlegt werden, welche seiner Entwickelung Gefahren bringen könnten. Für das Verhältniß zwischen Deutschland und der Türkei ist allein der Berliner Friede maßgebend. Derselbe verbürgt zwar der Türkei nicht ihren Territorialbestand, aber durch die Festsetzung der eingetretenen Gebietsabtretungen der Türkei wird wenigstens ein Präjudiz für die Zukunft geschaffen. Bekanntlich hat das nicht verhindern können, daß England Egypten und Italien Massawah besetzte.

*

Leipzig, 20. October.

* Mit Wahrnehmung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes in Abwesenheit des Staatssekretairs und Staatsministers Grafen Herbert v. Bismarck ist, wie schon wiederholt in früheren Fällen, der Wirkliche Geheime Legationsrath v. Holstein betraut worden.

* Wir lesen in der „Post":

Die Thatsache, daß der Gegenbesuch des Kaisers von Rußland vorübergegangen ist, ohne daß derselbe durch irgend einen Mißton gestört worden wäre, ist bereits an vielen Stellen constatirt worden. Ganz besonders hat man auch hervorgehoben, daß der Verkehr zwischen den beiden verwandten Herrschern offenbar ein äußerst herzlicher gewesen ist und daß die Haltung, welche Kaiser Alexander bei jeder Gelegenheit eingenommen hat, die sichere Schlußfolgerung zuläßt, daß sich derselbe in Berlin sehr wohl gefühlt habe und daß sein Aufenthalt und der Empfang, der ihm hier zu Theil geworden ist, ihn in vollstem Maße befriedigt hat.

Gewisse ausländische Zeitungen, denen jede freundliche Annäherung zwischen den Herrschern von Deutschland und Rußland ein Gräuel ist, weil sie darin eine Gefahr, wenn nicht sogar eine vollständige Vereitelung ihres Lieblingsplanes erblicken, welcher darauf hinzielt, den segensreichen Frieden zu stören, dessen Europa sich erfreut und dessen alle Völker der Erde bedürfen, haben mit der sie charakterisirenden Verlegenheit den Versuch gemacht, die Anwesenheit des Kaisers von Rußland in Berlin in einem vollständig falschen Lichte zu zeigen, und ihren Lesern die Fabel aufgetischt, der Kaiser von Rußland sei ernst und schweigsam durch Berlin gezogen und habe sich mit derselben eisigen Kälte, mit der er den deutschen Kaiser begrüßt, auch wieder von demselben verabschiedet, ohne auch nur für einen Augenblick aus der strengsten Zurückhaltung herauszutreten zu sein.

Allen derartigen Lügen und Verdrehungen des wirklichen Sachverhalts dürfte wohl der Boden durch die Thatsache entzogen werden, daß die beiden Kaiser sich nicht getrennt haben, ohne bereits eine neue Zusammenkunft zu vereinbaren: Kaiser Alexander hat den Kaiser Wilhelm gebeten, den großen Manövern beizuwohnen, welche im nächsten Sommer in Rußland stattfinden werden, und unser Kaiser hat diese freundschaftliche Einladung seines hohen Gastes und Verwandten auf das Bereitwilligste angenommen.

* Die „Kölnische Zeitung" erhält folgende Zuschrift:

Karzin bei Bützow in Pommern, den 16. October 1889.

Die „Kölnische Zeitung" hat in zwei kurz aufeinander folgenden Erklärungen die angebliche Thatsache feststellen zu dürfen geglaubt, daß die Einladungen zu der sogenannten Waldersee-Versammlung von mir vorgenommen und daß namentlich die Auswahl der einzuladenden Personen ohne Vorwissen „Anderer als der Einladenden" durch mich getroffen sei. — Ich weiß nicht, ob Ihrem Blatte, indem es jener wahrheitswidrigen Mittheilung seine Spalten öffnete, vorgeschwebt hat, welches Licht hierdurch mit Nothwendigkeit auf meinen persönlichen und politischen Charakter fallen mußte. Da ich jedoch ein begreifliches Interesse daran habe, einem begründeten Zweifel an meiner Loyalität und Treue nicht aufkommen zu lassen, so sehe ich mich veranlaßt, hiermit ein für alle Mal öffentlich auszusprechen, daß jene Nachricht über meine, wie ich übrigens gern anerkenne, freundige und rückhaltlose Theilnahme an der erwähnten Versammlung und ihrem humanen Zwecke Wort für Wort erfunden ist. Ihre Gewährsmänner haben Sie, ich lasse dahingestellt sein, ob absichtlich oder unabsichtlich, getäuscht.

Ich ersuche um unverkürzte Aufnahme dieser Erklärung.

v. Puttkamer, Staatsminister.

Dazu bemerkt die „Kölnische Zeitung":

Die „Kreuzzeitung" hat es bekanntlich für ritterlich gehalten, nach der Erklärung des „Reichs-Anzeigers" behufs Ablenkung der Aufmerksamkeit und Verwirrung der öffentlichen Meinung ohne jeden sachlichen Grund die Person des Herrn v. Puttkamer in die öffentliche Erörterung zu ziehen. Eine Zurückweisung dieses Verdunkelungsversuchs war nothwendig, um eine Beeinträchtigung der Wirkung des Kaiserwortes zu verhindern. Wir stellen demnach fest, 1) daß Herr v. Puttkamer die Auswahl der Einzuladenden vorgenommen habe, und 2) daß weder der damalige Prinz Wilhelm noch der Graf Waldersee von der Anregung Stöcker's Kenntniß gehabt habe. Die obige Zuschrift bestätigt den ersten Theil unserer Behauptung und bestreitet den zweiten Theil derselben in keiner Weise. Wir wissen sehr wohl, daß die formellen Einladungen nicht von Herrn v. Puttkamer, sondern von einem Herrn des Hofes unterzeichnet worden sind, der nach unserer Ueberzeugung mit der Auswahl der einzuladenden Personen überhaupt nichts zu thun war. Als Derjenige, der diese Auswahl getroffen, hat bisher in allen Kreisen, die über die Waldersee-Versammlung unterrichtet sind, Herr v. Puttkamer gegolten. Auch das Stöcker'sche Organ „Das Volk" hat sich noch dieser Tage veranlaßt gesehen, folgende Mittheilung aufzunehmen: „Von durchaus sachkundiger Seite geht uns die Mittheilung zu, daß „Das Volk" irrthümlich die Einladungen zu der bekannten Waldersee-Versammlung als vom Grafen Waldersee ausgegangen angenommen hat; Minister v. Puttkamer hat damals die Einladungen vollzogen." Wir unserseits haben auch nicht den geringsten Grund, an der Loyalität und Treue des Herrn Ministers v. Puttkamer zu zweifeln oder einen Zweifel aufkommen zu lassen. Wir haben unserseits die feste Ueberzeugung, daß Derjenige, welcher die Einladungsliste zu der Waldersee-Versammlung aufgestellt hat, die Auswahl der einzuladenden Personen ausschließlich und seiner besten Ueberzeugung getroffen hat. Wir möchten daher die Bemerkungen in der Zuschrift des Herrn v. Puttkamer entschieden zurückweisen, als wenn überhaupt die Möglichkeit vorliege, daß einer unserer Gewährsmänner aus absichtlich zum Nachtheil seines persönlichen oder politischen Charakters zu täuschen versucht habe. Auch wir erkennen den unpolitischen und humanen Zweck, den die Waldersee-Versammlung veranlaßt hat, an, und mehrere Führer der nationalliberalen Partei haben freudig mitgewirkt, diesen unpolitischen Zweck zu fördern; aber die Anziehung und Mitwirkung Stöcker's war allerdings geeignet, auf diese Bestrebungen ein falsches und irreführendes Licht zu werfen, dieselben dadurch zu beeinträchtigen und schließlich einen weitern Schaden zu stiften, den wir hier nicht weiter ausführen wollen.

* Aus Graudenz, 17. October, wird uns geschrieben: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat Herr v. Forckenbeck, der vom Vorstand des hiesigen deutschfreisinnigen Vereins in Aussicht genommene Reichstags-Candidat, es abgelehnt, für den Wahlkreis Graudenz-Strasburg zu candidiren. Man glaubt, daß Herr v. Forckenbeck nur in seinem alten schlesischen Wahlkreise Sagan-Sprottau eine Candidatur übernehmen wird."

* Der Vorstand der nationalliberalen Fraction des Reichstags sprach bei der Geburtstagfeier des Consuls H. H. Meier-Bremen, wie bereits gemeldet, in einer Adresse seine Glückwünsche aus. Die Adresse lautet:

Hochverehrter Freund und Parteigenosse!

An dem seltenen Feste, welches der heutige Tag Ihnen bringt, daß Sie in geistiger und körperlicher Frische auf eine gesegnete achtzigjährige Lebensbahn zurückblicken können, nimmt auch die nationalliberale Fraction des Reichstags, in deren Namen wir unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen, den innigsten Antheil. Möge Ihrer Familie sowie Ihren vielen treuen Freunden noch auf lange und vor allem dem deutschen Vaterlande noch lange das Glück erhalten bleiben, in Ihnen einen Zeugen unserer nationalen Entwickelung und Einigung nach Innen und Außen vor Augen zu haben, der von den Anfängen des Frankfurter Parlaments bis in unsere Tage eine Zierde der deutschen Volksvertretung gewesen ist und von dessen großartigen Verdiensten um das Emporblühen seines Heimathslandes das dankbare Gedächtniß niemals verblassen wird.

Im ganzen deutschen Vaterlande dankt man Ihnen alle Zeit Ihren bahnbrechenden Antheil an dem glänzenden Aufblühen der nationalen Handelsmarine, und Ihre Arbeit, in schlimmen wie guten Tagen unermüdlich, für den Aufbau der deutschen Kriegsmacht zur See wird einer dankbaren Nachwelt unvergeßlich bleiben.

Uns gereicht es zur ganz besonderen Freude, in dem persönlich hochgeschätzten lieben Freunde auch den langjährigen Parteigenossen verehren und beglückwünschen zu dürfen, und wir sind überzeugt, der Gesinnung von Tausenden Ausdruck zu geben, wenn wir den herzlichen Wunsch wiederholen, daß Sie uns allen noch lange in bewährter Rüstigkeit und freundlicher Hemigung erhalten bleiben mögen.

(gez.) Der Vorstand der nationalliberalen Fraction des Reichstages.

v. Bennigsen. Dr. v. Bennigsen. Dr. Buhl. Dr. v. Cuny. Dr. Hammacher. Hobrecht. Dr. v. Marquardsen. Dr. J. Miquel. Oechelhäuser.

* Bei der im 7. württembergischen Wahlkreise Calw-Neuenbürg-Nagold stattgehabten Reichstagswahl erhielt Landgerichtsrath Frhr. v. Gültlingen-Stuttgart (freicons.) 7987, Rechtsanwalt Schicker (Volkspartei) 4682 Stimmen. Der Erstere ist sonach gewählt.

* Die Münchener „Allgemeine Zeitung" feiert die Orientreise des deutschen Kaisers gelegentlich der Durchreise durch Bayern auf das Wärmste. Indem sie auf den Gedankenaustausch des wiedererstandenen Hellas mit Deutschland und auf die Jahrzehnte langen dynastischen Beziehungen Bayerns und Griechenlands hinweist, begrüßt sie den Ehebund des Kronprinzen von Griechenland als weitere Bürgschaft der Freundschaft mit Deutschland und erblickt im Besuche des Kaisers von Deutschland in Athen und Konstantinopel ein neues Zeugniß der kaiserlichen Friedenspolitik zur Befestigung der internationalen Beziehungen Deutschlands.

* * *

* Die Czechen in Böhmen suchen abermals ihre Macht und ihren Einfluß zu erweitern. Es ist ihnen nicht genug, daß sie mit Hilfe der Regierung die Handelskammern in Pilsen, Budweis und Prag in ihre Gewalt gebracht haben, sie streben bereits die Errichtung einer ganz neuen, natürlich czechischen Handelskammer in Ostböhmen mit dem Sitze in Jungbunzlau an. Am 10. October wurde dem Präsidium des böhmischen Rumpflandtages eine darauf abzielende Petition nebst eingehender Begründung überreicht. In der Bittschrift wird darauf hingewiesen, daß Böhmen bei 5 560 000 Einwohnern nur fünf Handelskammern hat, während Steiermark bei 1 200 000 Einwohnern zwei, Tirol bei 805 000 Einwohnern drei und Dalmatien bei 476 000 Seelen ebenfalls drei Handelskammern besitzt und die kleineren Länder, wie Krain, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg, wenigstens eine Handelskammer haben. Ferner wird hervorgehoben, daß die Handelskammerbezirke Reichenberg (1 752 000 Bewohner) und Prag (1 683 000 Bewohner) gegenüber den Bezirken Eger, Pilsen und Budweis viel zu groß seien und daß die Czechen in der Reichenberger Handelskammer, in deren Bezirke 977 000 Deutsche und 775 000 Slawen wohnen, nur ausnahmsweise und höchstens vorübergehend einen Sitz erlangten. Es ist sehr leicht möglich, daß man die Petition berücksichtigen und aus den Handelskammerbezirken Prag und Reichenberg einen neuen Bezirk Jungbunzlau ausscheiden wird, um so mehr, als dann den Czechen einige neue Landtagssitze absolut sicher sind.

* In Oesterreich ist das Herrenhausmitglied Maximilian Freiherr v. Gagern gestorben. Der Verstorbene, geboren am 26. März 1810 zu Weilburg im Herzogthum Nassau, war ein Bruder Heinrich v. Gagern's, des verstorbenen Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung von 1848. Er studirte in Heidelberg, Utrecht und Göttingen und stand 1829—1833 in niederländischen Staats- und Kriegsdiensten. Nach Deutschland zurückgekehrt, habilitirte er sich in Bonn als Privatdocent, um über österreichisch-politische Gegenstände zu lesen, und trat dann in den nassauischen Staatsdienst. 1848 von einem nassauischen Bezirk in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt, schloß er sich dort der Partei seines Bruders Heinrich an und war einer der Vertrauensmänner, welche die sogenannte Siebzehner-Verfassung ausarbeiteten. Bei der Bildung des ersten Reichsministeriums wurde er Unterstaatssecretair im Ministerium des Aeußern (9. August bis 5. September 1848) und hatte als solcher eine Mission nach Schleswig-Holstein, um dort die deutschen Interessen bei dem Abschlusse des Waffenstillstandes zu wahren. Nach Auflösung des Parlamentes nahm er an der Versammlung in Gotha Theil; auch dem Union-Reichstag in Erfurt (1850) gehörte er als Mitglied an. Nach